



Eckpunktepapier: Weg zur Ernährungsstrategie der Bundesregierung

21.12.2022

A. Präambel

Ziel des Eckpunktepapiers „Weg zur Ernährungsstrategie der Bundesregierung“ ist es, in einem ersten Schritt die inhaltlichen und prozeduralen Leitlinien für die künftige Ernährungsstrategie der Bundesregierung zu bestimmen. Das Eckpunktepapier umreißt Rahmen und Struktur der zu erarbeitenden Ernährungsstrategie und benennt strategische Prioritäten, Handlungsfelder und dort jeweils zu erreichende Ziele sowie gegebenenfalls beispielhaft erste konkrete Maßnahmen. Darüber hinaus werden der Zeitplan sowie Ziele und Formen der weiteren Akteurseinbindung dargestellt, die als transparenter und partizipativer Prozess angelegt ist.

I. Wo stehen wir?

Sichere Ernährung ist eines der Grundbedürfnisse der Menschen und doch mehr als nur die reine Nahrungsaufnahme. Mit dem Essen können Genuss, Verbundenheit, Tradition und Miteinander verknüpft sein. Ernährung kann Mittel zur Selbstverwirklichung oder Teil einer Kultur und eines Lebensgefühls sein. Wie und was wir essen, hat aber auch weiterreichende Auswirkungen: Auf Umwelt, Artenvielfalt und Klima in Deutschland und weltweit, auf Tiere als unsere Mitwesen, auf die Agrar- und Ernährungswirtschaft und nicht zuletzt auf unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden.

So ist unser Agrar- und Ernährungssystem für zirka ein Viertel der Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich¹. Weltweit ist das globale Agrar- und Ernährungssystem verantwortlich für bis zu 80 Prozent des Rückgangs an biologischer Vielfalt. Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu leben und zu wirtschaften. Die Weltgemeinschaft will außerdem bis 2030 den Hunger in der Welt beenden, eine

¹ Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz und Wissenschaftlicher Beirat Waldpolitik beim BMEL (2016): Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft sowie den nachgelagerten Bereichen Ernährung und Holzverwendung. Gutachten. Berlin

bessere Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft erreichen und den rasanten Verlust der Artenvielfalt stoppen.

Die gesundheitlichen Auswirkungen unausgewogener Ernährung, wie Übergewicht und ernährungsmitbedingte, nicht übertragbare Krankheiten, stellen in Deutschland ein großes individuelles und gesellschaftliches Problem dar – bereits von der Kindheit an bis ins hohe Alter. Deshalb sind bei der Ernährungsstrategie der Bundesregierung alle Altersgruppen berücksichtigt. Da bereits vor einer Schwangerschaft und während der gesamten Kindheit wichtige Grundsteine für das Ernährungsverhalten und die spätere Gesundheit gelegt werden, sind Interventionen in dieser Lebensphase besonders wirkungsvoll und Investitionen besonders lohnend. Aus diesem Grund sind Kinder und Jugendliche eine besonders wichtige Zielgruppe der Ernährungsstrategie.

Die UN-Kinderrechtskonvention, zu der sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet hat, sieht für Kinder und Jugendliche ausdrücklich ein Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit vor. Aus diesem Grund wird bei der Erarbeitung der Ernährungsstrategie und insbesondere der Identifikation von Maßnahmen ein besonderes Augenmerk auf die Situation von Kindern und Jugendlichen zu legen sein.

Im Rahmen der Europäischen Kindergarantie hat sich Deutschland verpflichtet, bedürftigen Kindern und Jugendlichen bis 2030 einen effektiven Zugang zu gesunder Ernährung sowie einen effektiven und kostenlosen Zugang zu mindestens einer gesunden Mahlzeit pro Schultag zu ermöglichen (Art. 4a–b). Mit dem Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ setzt Deutschland die Europäische Kindergarantie um.

Neben einseitiger, nicht bedarfsgerechter Ernährung trägt auch Bewegungsmangel wesentlich zur Entstehung von Übergewicht und von nicht übertragbaren Krankheiten bei. Beide Lebensstilfaktoren wirken zusammen: Sie finden sich in besonders betroffenen Gruppen häufig gemeinsam und verstärken gegenseitig ihre krankheitsauslösende Wirkung. Es ist daher notwendig, dass bei der Gestaltung gesundheitsförderlicher Rahmenbedingungen Ernährung und Bewegung zusammen betrachtet werden. Erste Studien, wie etwa die COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf zum Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen während der Covid-19-Pandemie, weisen zudem darauf hin, dass sich Bewegungsmangel und unausgewogene Ernährung bei jungen Menschen während der Pandemie erheblich erhöht haben.

Persönliche Präferenzen, soziale Normen, Essgewohnheiten und individuelles Wissen können im Spannungsfeld zu einer gesunden und nachhaltigen Ernährungsweise stehen. Auch unsere Ernährungsumgebungen sind häufig so beschaffen, dass es Menschen unnötig schwergemacht wird, sich gut zu ernähren. Politische Aufgabe ist es daher, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, damit es Verbraucherinnen und Verbrauchern leichtfällt, sich gesund und nachhaltig zu ernähren.

Die Frage, wie allen Menschen in Deutschland – unabhängig von Faktoren wie Einkommen, Bildungsgrad oder Herkunft – der gerechte Zugang zu ausreichendem und gesundem Essen erleichtert werden kann, muss mit besonderer Priorität adressiert werden. Denn auch in einem reichen Land wie Deutschland existiert Ernährungsarmut. Multiple Krisen wie die Covid-19-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie Klimawandel und Artensterben verstärken dieses Problem u. a. durch Preissteigerungen und Lieferengpässe, die insbesondere finanzschwache Bevölkerungsgruppen treffen. Sie legen auch die Vulnerabilität und Abhängigkeiten des heutigen Ernährungssystems offen.

Unsere Ernährung stellt einen wichtigen Aspekt bei der Transformation zu einem ressourcen- und klimaschonenden sowie nachhaltigen Wirtschaften dar. Die Transformation des gesamten Ernährungssystems

hin zu einer pflanzenbetonten Ernährungsweise² ist die wichtigste Stellschraube im Ernährungsbereich, um unsere nationalen und internationalen Klima-, Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Wie und was wir essen, wirkt sich auf das Klima und die Lebensbedingungen aller Lebewesen auf unserem Planeten aus. Wir müssen in den planetaren Belastungsgrenzen wirtschaften und leben, damit wir und nachfolgende Generationen auch weiter ein gesundes und qualitativ hochwertiges Leben auf der Erde führen können.

II. Wo wollen wir hin?

Der Koalitionsvertrag gibt uns auf, „insbesondere mit Blick auf Kinder mit den Akteuren bis 2023 eine Ernährungsstrategie zu beschließen, um eine gesunde Umgebung für Ernährung und Bewegung zu schaffen.“ Der Auftrag zu einer ganzheitlichen und modernen Ernährungspolitik und für schnellere Fortschritte zum Wohle der Verbraucherinnen und Verbraucher kommt aber auch aus der Gesellschaft. Einige Bundesländer haben bereits Ernährungsstrategien entwickelt. Auf Kohärenz zu diesen wird geachtet, damit die Maßnahmen auf den verschiedenen Ebenen sinnvoll verzahnt werden können.

Mit der Agenda 2030 haben sich die Vereinten Nationen auf nachhaltige Entwicklungsziele verständigt. Relevante Erkenntnisse des Nationalen Dialogprozesses zum UN Food Systems Summit (UN FSS) und aus dem strategischen Arbeitspapier Deutschlands (National Pathway) werden bei der Entwicklung der Ernährungsstrategie berücksichtigt. Die Ernährungsstrategie der Bundesregierung kann einen Beitrag zur Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ der Europäischen Kommission, zum Folgeprozess des UN FSS sowie der Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder leisten.

Ziel der zu entwickelnden Ernährungsstrategie der Bundesregierung ist es, einen Beitrag zur Transformation des Ernährungssystems zu leisten und dafür von Anfang an gesunde und nachhaltige Ernährungsweisen für Verbraucherinnen und Verbraucher so einfach wie möglich zu gestalten. Das soll erreicht werden, indem z. B. entsprechend vorteilhafte Ernährungsumgebungen und -muster gefördert und geschaffen werden, die es Menschen einfach machen, sich gut zu ernähren – von der Säuglings- und Kinderernährung über die Betriebskantine bis zum Supermarktregal. Dabei sollen alle Menschen in Deutschland angesprochen und die große Vielfalt unserer Gesellschaft abgebildet werden. Ein besonderer Fokus muss dabei auf Personengruppen, die spezifische Unterstützungsbedürfnisse haben (wie Kinder und Jugendliche), und auf armutsbetroffenen Menschen liegen. Sie sollen besser als bisher erreicht werden. Dazu kann es auch hilfreich sein, frühzeitig geschlechtsspezifische Unterschiede in der Ernährung und in den daraus resultierenden Problemlagen zu ermitteln und in der Strategie zu berücksichtigen.

III. Wie packen wir es an?

Die Ernährungsstrategie der Bundesregierung soll auf mehrere Phasen und Zeiträume bis 2050 ausgerichtet sein und kurz-, mittel- und langfristige ernährungspolitische strategische Prioritäten, Handlungsfelder und deren jeweilige Ziele definieren, konkrete Maßnahmen benennen und effektive Wege zu deren Verwirklichung aufzeigen. Die Umsetzung der Ernährungsstrategie soll regelmäßig überprüft werden. Dazu ist es notwendig, dass die Maßnahmen evaluiert werden, um ggf. nachsteuern zu können. Die

² Die lebensmittelbezogenen Empfehlungen der DGE und die Planetary Health Diet betonen eine Ernährung, die zum überwiegenden Teil aus Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft und zu einem geringen Anteil aus Lebensmitteln tierischer Herkunft besteht und die Zufuhr gesättigter Fettsäuren, hoch verarbeiteter Lebensmittel sowie zugesetztem bzw. freiem Zucker einschränkt. Breidenassel und Schäfer et al. Ernährungs Umschau 2022; 69(5); 56-72.e1-3

Ernährungsstrategie nimmt bestehende Strategien und Maßnahmenpläne auf und entwickelt sie für den Gesamtkontext „Ernährungsstrategie“ fort. Nötig ist ein systemischer Ansatz aus Verhaltens- und Verhältnisprävention, der die Auswirkungen auf Umwelt und Klima sowie die unterschiedlichen Lebenswelten berücksichtigt und die Themen Ernährung und Bewegung verbindet. Die beschriebenen Maßnahmen sollen dabei ineinandergreifen und aufeinander abgestimmt sein, wobei es wichtig ist, dass eine themenübergreifende Zusammenarbeit auf allen Ebenen bestmöglich sichergestellt ist und sich die Akteure vernetzen. Parallel dazu wird ein Runder Tisch Bewegung und Gesundheit beim BMG Ansätze für mehr Bewegung erörtern. Er wird damit den in der Ernährungsstrategie verfolgten ganzheitlichen Ansatz ergänzen. Alle in der Ernährungsstrategie genannten oder sich aus ihr ergebenden Maßnahmen im Bereich des Bundes werden finanziell und (plan-)stellenmäßig im Rahmen der im jeweiligen Einzelplan zur Verfügung stehenden Mittel erbracht.

Auf strategische und wissenschaftliche Arbeiten wie beispielsweise des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz, des Umweltbundesamtes oder der Zukunftskommission Landwirtschaft wird aufgebaut. Auch die Erkenntnisse der Ernährungspolitischen Berichte der Bundesregierung (Drs. 19/19430, 18/8650) und aus der Akteursbeteiligung zur Ernährungsstrategie sowie aus weiteren ernährungsbezogenen Vorhaben der Bundesregierung werden aufgegriffen bzw. berücksichtigt.

B. Kernpunkte der Ernährungsstrategie der Bundesregierung

I. Gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährungsumgebung schaffen

Damit Verbraucherinnen und Verbraucher eine nachhaltigere Ernährung realisieren können, ist die Gestaltung fairer Ernährungsumgebungen – von der Darbietung über den Konsum bis zur Entsorgung – zentral. Die Bundesregierung will im Zusammenspiel mit weiteren Akteuren die Rahmenbedingungen so gestalten, dass eine gesunde, stärker pflanzenbetonte und nachhaltige Ernährung im Alltag ermöglicht wird. Die Verfügbarkeit nachhaltiger Lebensmittel, die Teil einer vollwertigen Ernährung sind, soll deutlich verbessert werden.

Die Gemeinschaftsverpflegung soll Vorbild sein und der Anteil ökologischer und pflanzlicher, saisonal-regional erzeugter Lebensmittel erhöht werden.

Wir wollen faire und gleiche Gesundheitschancen für alle schaffen.

1. Gemeinschaftsverpflegung

Die Außer-Haus-Verpflegung und dabei insbesondere die Gemeinschaftsverpflegung ist ein wichtiger Ansatzpunkt, um die Ernährungsumgebung z. B. in Kitas und Schulen, Kantinen und Mensen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern nachhaltig umzugestalten und Veränderungen im Ernährungsverhalten zu erleichtern.

Die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wird über die Gemeinschaftsverpflegung in Kitas, Kindertagespflege und Schulen fast vollständig erreicht. Darüber hinaus können die Außer-Haus- und die Gemeinschaftsverpflegung wichtige Beiträge zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung sowie zur

Erreichung des Flächenziels von 30 Prozent Öko-Landbau bis 2030 leisten und den Absatz ökologisch, saisonal und regional erzeugter Lebensmittel fördern.

Allen Kindern und Jugendlichen sollen unabhängig vom Einkommen der Eltern im Rahmen der KiTa- und Schulverpflegung ebenso wie bei Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe qualitativ hochwertige und ausgewogene Mahlzeiten angeboten werden. Hierbei ist neben der Qualität der Lebensmittel auch die Bedeutung des gemeinsamen Essens mit ausreichend Zeit zur Unterstützung eines gesunden Ernährungsverhaltens entscheidend. Der Zugang zur KiTa- und Schulverpflegung soll dabei jedem Kind zur Verfügung stehen.

Die Qualität des KiTa- und Schulessens soll gesteigert werden. Ebenso sollen den Bewohnerinnen und Bewohnern stationärer Einrichtungen qualitativ hochwertige, genussvolle und ausgewogene Mahlzeiten angeboten werden. Daher sollen die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) in der Gemeinschaftsverpflegung verbindlich werden und bis 2030 etabliert werden. Außerdem soll der Anteil an ökologisch und regional bzw. saisonal-regional bei Obst und Gemüse erzeugten Lebensmitteln in der Außer-Haus- sowie öffentlichen und sonstigen Gemeinschaftsverpflegungen entsprechend unserer Ausbauziele erhöht und pflanzliche Alternativen gestärkt werden. Dabei wird angestrebt, in den Kantinen der Bundesverwaltung den Anteil an Bio-Lebensmitteln über den derzeit in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vereinbarten Zielwert hinaus (20 Prozent bis 2025) ambitioniert zu steigern, ein Angebot von möglichst saisonalem Obst und Gemüse vorzusehen sowie bevorzugt Lebensmittel mit geringen CO₂-Emissionen (etwa durch kurze Transportwege) zu verwenden. Auch der Weiterentwicklung des EU-Schulprogramms kommt dabei eine wichtige Bedeutung zu.

Um dies zu fördern, plant das BMEL unter anderem einen Modellregionenwettbewerb und Förderprojekte für die Gemeinschaftsverpflegung. Für die Gemeinschaftsverpflegung sollen eine Aktualisierung der DGE-Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung (bis 2024) und die Etablierung von Mehrwegmitnahmesystemen erfolgen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir auf eine Bereitstellung von Leitungswasser in der Gemeinschaftsverpflegung hinwirken.

2. Gestaltung der Konsumlandschaft und Präventionsstrukturen

Bei ihren Kaufentscheidungen sind die Verbraucherinnen und Verbraucher gerade auch bei Lebensmitteln einer Vielzahl unterschiedlicher externer Einflussfaktoren ausgesetzt. Diese erschweren eine gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährung. Durch ein System ineinandergreifender Maßnahmen soll darauf hingearbeitet werden, die Exposition (z. B. Werbung, Social Media) und den Zugang (z. B. Preis, Angebot, Erreichbarkeit) zu nachhaltig (bzw. ökologisch) produzierten, pflanzlichen, un- und gering verarbeiteten, regionalen bzw. saisonal-regionalen Lebensmitteln zu verbessern. Die Zusammensetzung von Fertigprodukten soll ernährungsphysiologisch günstiger werden, um einen Beitrag zu einer gesünderen Ernährung zu leisten. Wir arbeiten an der Weiterentwicklung der Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten und sehen die Einschränkung der an Kinder gerichteten Lebensmittelwerbung vor.

Damit für Verbraucherinnen und Verbraucher im Alltag die gesunde Wahl zur leichten Wahl wird, sind eine gute, verständliche und leicht zugängliche Verbraucherinformation und Unterstützungsangebote von zentraler Bedeutung. Zusätzlich zu den allgemeinen Elementen der Lebensmittelkennzeichnung bieten intuitive Kennzeichen, wie der Nutri-Score, schnelle Orientierung. Siegel und andere Zeichen, die über Produktion, Qualität, Herkunft oder den ökologischen Fußabdruck Auskunft geben, sind ebenfalls wichtige Bausteine zur Herstellung angemessener Information bei Lebensmitteln, wenn sie mit Qualitätsanforderungen unterlegt sind, die Greenwashing und Fehlinterpretationen verhindern. Auch digitale Anwendungen und Tools können dabei genutzt werden.

3. Pflanzenbetonte Ernährung

In Deutschland liegt der Fleischkonsum deutlich über dem ernährungsphysiologisch empfohlenen. Zudem benötigt die Erzeugung tierischer Lebensmittel teilweise ein Mehrfaches der darin enthaltenen Energie in Form von Futterpflanzen und ist mit hohen Treibhausgasemissionen und Umweltbelastungen verbunden. Dies geht mit einem hohen Einsatz begrenzter Ressourcen wie Wasser, fossiler Energien und Böden (landwirtschaftlicher Flächen) einher, die künftig auch verstärkt für den Ausbau natürlicher CO₂-Senken benötigt werden, und es trägt erheblich zum Rückgang der biologischen Vielfalt bei. Gleichzeitig erschließt jedoch eine an die natürlichen Bedingungen angepasste Tierhaltung wertvolle Dauergrünlandflächen für die menschliche Ernährung. Sie kann ein sinnvoller Teil einer ökologisch angepassten Kreislaufwirtschaft durch Zurverfügungstellung organischer Dünger sein.

Ziel ist es insoweit, eine pflanzenbetonte Ernährung mit einem hohen Anteil an möglichst unverarbeitetem Gemüse und Obst sowie ballaststoffreichen Getreideprodukten und Hülsenfrüchten und Nüssen einfacher zugänglich zu machen. Gleichermaßen soll die Reduzierung des Konsums tierischer Lebensmittel auf ein nachhaltiges und gesundheitsförderndes Maß unterstützt werden.

4. Soziale Aspekte der Ernährung

Der leichte und gerechte Zugang zu einer nachhaltigen und gesunden Ernährung soll allen Bevölkerungsgruppen ermöglicht werden. Insbesondere armutsgefährdete Kinder und Jugendliche und solche aus bildungsfernen Haushalten verzehren häufiger Lebensmittel, die für eine ausgewogene Ernährung ungünstig sind. Preissteigerungen bei Lebensmitteln treffen u. a. Familien mit geringem Einkommen aufgrund des höheren Konsumanteils am Einkommen besonders. Um Ernährungsarmut entgegen zu wirken, sollen deshalb die aktuell erheblichen Preissteigerungen bei Lebensmitteln in den Blick genommen werden. Hierbei kommen insbesondere sozialpolitische Maßnahmen in Betracht. Auch der Gemeinschaftsverpflegung kommt eine wesentliche Rolle zu. Nachhaltige und gesunde Ernährungsweise ist in besonderem Maße auch von Umgebungsfaktoren wie Exposition und Ernährungsverhalten in der Gesamtgesellschaft abhängig. Je besser diese Umgebungsfaktoren gestaltet sind, desto weniger hängt nachhaltige und gesunde Ernährung von den individuellen Ressourcen ab, ob finanziell oder nichtmonetär.

5. Bewegung fördern

Gesundheitsförderliche Rahmenbedingungen für Ernährung und Bewegung müssen zusammengedacht werden. Der Nationale Aktionsplan IN FORM von BMEL und BMG - *Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung* soll dabei als wichtiger Baustein weiterentwickelt werden.

6. Strukturen und Prozesse

Damit die in den verschiedenen Handlungsfeldern entwickelten Maßnahmen wirksam umgesetzt werden können, ist eine intelligente Vernetzung und Zusammenarbeit der betroffenen Akteure auf allen Ebenen erforderlich. Durch die komplexen Zuständigkeiten von Bund, Ländern, Kommunen und privaten Trägern ist die Netzwerkbildung z. B. im Bereich Gemeinschaftsverpflegung von großer Bedeutung. Etablierte Dialogformate mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft sowie Gremien und Strukturen für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sollen genutzt und ausgebaut werden.

Der Digitalisierung kommt eine wichtige Rolle bei der Schaffung und Förderung gesundheitsförderlicher und nachhaltiger Ernährungsumgebungen zu. Modellprojekte können einen Beitrag zur Transformation leisten, indem sie Gelingfaktoren aufzeigen. Es wird geprüft, ob und ggf. wie mit – vorrangig bereits bestehenden – Förderprogrammen und unter Vermeidung von Doppelungen neue Möglichkeiten für solche Projekte geschaffen werden können.

7. Monitoring und Forschung

Für die Etablierung einer wissensbasierten, zukunftsfesten Ernährungspolitik ist die Verbesserung der Datenlage zur Ernährungssituation inklusive der Umweltauswirkungen der Ernährung in Deutschland ein

wichtiges Fundament. Es soll ein nationales Ernährungsmonitoring für Deutschland aufgebaut werden, das es möglich machen soll, Veränderungen des Ernährungsverhaltens kontinuierlich zu erfassen und die diesbezügliche Zielerreichung der Ernährungsstrategie zu überprüfen. Darüber hinaus soll die Architektur der Forschungslandschaft im Ernährungsbereich überprüft werden.

II. Ressourcen- und klimaschonende Ansätze fördern

Wir wollen ressourcen- und klimaschonende Ansätze fördern. Wir wollen das Angebot von und die Nachfrage nach pflanzlichen, regionalen bzw. saisonal-regionalen (bei Obst und Gemüse) sowie ökologisch erzeugten Lebensmitteln fördern. Wir wollen die Resilienz des Ernährungssystems verbessern, u. a. indem regionale Wertschöpfung sowie Kreisläufe gestärkt und Ressourcen effizient und nachhaltig genutzt werden.

In Lebensmitteln stecken wertvolle Ressourcen. Wir wollen ihre Wertschätzung durch die Menschen fördern und die Lebensmittelverschwendung reduzieren.

1. Nachhaltige Lebensmittelerzeugung und -versorgung

Der ökologische Landbau soll in Deutschland bis 2030 auf 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausgedehnt werden. Ökologische, regionale und resiliente Wertschöpfungsketten sollen gestärkt und der Konsum regionaler bzw. saisonal-regionaler bei Obst und Gemüse und ökologisch erzeugter Lebensmittel mit kurzen Transportstrecken gefördert werden. Die Förderung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen sowie die Umsetzung und Weiterentwicklung der Eiweißpflanzenstrategie und der Zukunftsstrategie ökologischer Landbau sollen hierzu beitragen. Einer intensiven Zusammenarbeit mit und proaktiven Unterstützung von auf kommunaler Ebene bestehenden Initiativen der Zivilgesellschaft wie Ernährungsräten und Pilotprojekten wie „Essbare Städte“ und „Bio-Städte“ kommt eine besondere Bedeutung zu.

2. Reduzierung der Lebensmittelverschwendung

Im Kontext der Weiterentwicklung der 2019 verabschiedeten Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung sollen die Lebensmittelabfälle in Deutschland bis 2030 in jedem Sektor der Lebensmittelversorgungskette halbiert und die Lebensmittelverluste reduziert werden. Dazu sollen die notwendigen Maßnahmen, inkl. regulativer Änderungen, auf den Weg gebracht werden. Angemessene Portionsgrößen werden in den Blick genommen. Auch haftungsrechtliche Fragen und steuerrechtliche Erleichterungen für Spenden werden dahingehend geprüft, ob über die bestehenden Regelungen hinaus weitere Maßnahmen hohe Wirksamkeit erlangen.

Schon jetzt fällt auf die Spende von Lebensmitteln, die nicht mehr oder nur noch eingeschränkt verkehrsfähig sind, keine oder nur eine geringfügige Umsatzsteuer an. Sachspenden an steuerbegünstigte Körperschaften können unter bestimmten Voraussetzungen bei den Ertragsteuern steuermindernd geltend gemacht werden.

Aufbauend auf den im Rahmen des Dialogforums private Haushalte identifizierten und noch zu entwickelnden Maßnahmen werden Verbraucherinnen und Verbraucher mit *Zu gut für die Tonne!* darin unterstützt, im Alltag Lebensmittelabfälle zu reduzieren. Mit *Zu gut für die Tonne!* werden die Ergebnisse und Aktivitäten entlang der gesamten Lebensmittelversorgungskette kommuniziert.

III. Ernährungskompetenz: gesunde und nachhaltige Ernährungsmuster fördern

Alle Menschen in Deutschland sollen das Wissen und die Werkzeuge bekommen, um sich gut, gesund und nachhaltig zu ernähren. Dazu müssen Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungsumgebung und der Ernährungskompetenz aufeinander abgestimmt werden.

1. Ernährung bei besonderen Verbrauchergruppen

Wir wollen besonders schwer erreichbare und vulnerable Verbrauchergruppen effektiver unterstützen. Dazu können neben Kindern und Jugendlichen in bestimmten Fällen auch Menschen mit Migrationshintergrund³, aus armutsgefährdeten Haushalten, ältere Menschen, gehören. Wir wollen Maßnahmen etablieren, die ihnen in ihrer spezifischen Lebenssituation helfen, Ernährungskompetenzen zu erwerben und im Alltag anzuwenden. Es bedarf u. a. einer Stärkung bereits bestehender zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen, die sich dafür einsetzen, aber auch neuer Ansätze. Auch müssen wir die Ernährungs- und Gesundheitssituation dieser Personen noch besser verstehen. Daher haben wir z. B. eine Erhebung der Ernährungs- und Gesundheitssituation von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in armutsgefährdeten Haushalten in Auftrag gegeben. Damit besondere Verbrauchergruppen mit den Ernährungsmaßnahmen gut erreicht werden können, streben wir eine engere Zusammenarbeit u. a. mit Sozial- und Migrantenverbänden an, da Barrieren bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen oder höhere Armutsrisiken gesundheitliche Risiken⁴ begründen oder verstärken können.

2. Ernährungsempfehlungen

Eine fundierte wissenschaftliche Basis ist Voraussetzung für eine zeitgemäße, zielgruppengerechte Ernährungskommunikation und -politik. Bestandteil dieser Basis ist die Erarbeitung evidenzbasierter lebensmittelbezogener Ernährungsempfehlungen. Besonders im Fokus stehen dabei Kinder und Jugendliche, stillende Mütter, Schwangere und Menschen mit veganer/vegetarischer Ernährungsweise. Die zukünftigen Empfehlungen der DGE werden Umweltaspekte berücksichtigen, um Umwelt- und Gesundheitsziele in Einklang zu bringen und einen Beitrag zur Einhaltung der planetaren Belastungsgrenzen zu liefern. Ferner prüfen wir, die Entwicklung von Ernährungsempfehlungen stärker strukturell zu verankern.

3. Ernährungskommunikation und -information

Informationen über Lebensmittel müssen zutreffend, klar, aktuell und für die Verbraucherinnen und Verbraucher leicht verständlich und für die jeweiligen Zielgruppen erreichbar sein. Zudem müssen sich Informationsangebote, wie beispielsweise Informationskampagnen, den sich ändernden Bedürfnissen der Menschen anpassen. So spielen für viele Bürgerinnen und Bürger verlässliche Informationen über Herkunft oder Produktionsprozesse von Lebensmitteln und ihre Auswirkungen auf Gesundheit und Nachhaltigkeit eine immer größere Rolle.

³ Definition Migrationshintergrund: Eine Person hat Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. (Stat. Bundesamt)

⁴ Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind einer Studie zu Folge noch häufiger von Übergewicht betroffen, Journal of Health Monitoring, 2019 4(3) DOI 10.25646/6070, https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloads/J/Focus/JoHM_03_2019_Gesundheit_Kinder_Jugendliche_mit_Migrationshintergrund.pdf?blob=publicationFile

4. Ernährungsbildung

Das Ernährungsverhalten wird maßgeblich in der Kindheit und Jugend geprägt. Für die Ernährungsbildung in Kitas und Kindertagespflege sowie für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachlehrkräften für den ernährungsbildenden Unterricht an Schulen sind die Ministerien der Länder zuständig. Gleichwohl wird das BMEL im Austausch mit der Kultusministerkonferenz, der Jugend- und Familienministerkonferenz und den Ernährungsreferentinnen und -referenten der Länder Möglichkeiten zur Verbesserung der Ernährungsbildung besprechen und die bewährte Netzwerkarbeit fortführen. Das Angebot an qualitätsgeprüften Materialien, die Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Kindertagespflegepersonen sowie Akteurinnen und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe bei der Ernährungsbildung unterstützen und die zunehmend digital genutzt werden können, soll erweitert werden.

Die Qualifizierung und Verankerung von Ernährungsthemen inkl. der Nachhaltigkeitsaspekte sowie die Prävention und Behandlung ernährungsassoziierter Erkrankungen im Gesundheitswesen – vom medizinischen und zahnmedizinischen Studium bis zur haus-, fach- und zahnärztlichen Beratung – ist systematisch zu verbessern. Dabei sind für die Ausgestaltung der Curricula die Länder bzw. die Hochschulen zuständig; die Fort- und Weiterbildung obliegt den Ärzte- bzw. Zahnärztekammern.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir als Bundesregierung zusammen in Gesprächen mit den zuständigen Fachverbänden sowie den Ländern ausloten, wie die Ernährungsbildung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung verbessert werden kann. Der Bund wird diese Themen in den entsprechenden Gremien einbringen.

Nachhaltigkeit sowie umwelt- und klimarelevante Aspekte fließen als elementare Bestandteile in die zukunftsfähige Ernährungsbildung über die gesamte Bildungskette, einschließlich der beruflichen Aus- und Weiterbildung im gastronomischen Bereich, ein.

C. Weiteres Verfahren

Für die Ernährungsstrategie ist ein umfassender und transparenter Partizipationsprozess vorgesehen, der es ermöglicht, eine große Vielfalt an Perspektiven zu berücksichtigen. Die Expertise externer Akteure soll in die Erarbeitung der Strategie einfließen. Durch diese Einbindung der Akteure wollen wir die Akzeptanz für die gemeinsam zu entwickelnden Maßnahmen stärken und eine möglichst breite Unterstützung für deren spätere Umsetzung sicherstellen. Wir wollen die Vernetzung der Akteure fördern, indem Strukturen für einen unabhängigen Austausch initiiert und bestehende Netzwerke gestärkt werden.

Die geplante Ernährungsstrategie wird unter Einbindung einer breiten und heterogenen Akteurslandschaft erarbeitet. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der digitalen Auftaktveranstaltung am 29. Juni 2022 wurde das vorliegende, im Ressortkreis abgestimmte Eckpunktepapier erarbeitet. Auf Basis dieses Eckpunktepapiers wird eine erneute, breite Einbindung der Akteure stattfinden, um die Ernährungsstrategie detailliert und mit konkreten Maßnahmen unterlegt zu entwickeln. Im Juni 2023 wird die Ressortabstimmung der Ernährungsstrategie eingeleitet. Die Ernährungsstrategie der Bundesregierung soll bis Ende 2023 vom Bundeskabinett beschlossen werden.

Die Identifikation der einzubindenden Akteure, des Formats und der jeweiligen Intensität der Einbindung erfolgt – gegebenenfalls themenorientiert – auf Basis der fachlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Repräsentanz der Akteure. Des Weiteren wird darauf geachtet, dass die Perspektive der jeweils im Fokus stehenden Zielgruppen ausreichend repräsentiert ist. Aufgrund des prozesshaften Charakters der Strategieentwicklung und einer ziel- und ergebnisorientierten Herangehensweise ist ein gewisses Maß an Flexibilität bei der Bestimmung von Format und Adressaten der Einbindung externer Expertise unabdingbar.

Für die Einbindung der Akteure stehen zu diesem Zweck verschiedene Formate zur Verfügung, um eine sachgerechte und themenbezogene Information, Input und Feedback zu ermöglichen (z. B. Dialogformate, Runde Tische, Bürgerdialog zur Ernährungsstrategie, Onlinebefragungen). Die Auswahl geeigneter Formate wird im weiteren Erarbeitungsprozess, abhängig von den jeweils abzustimmenden Inhalten, getroffen. Durch geeignete Kommunikationsformate soll während des gesamten Erarbeitungsprozesses eine angemessene und offene Information der Akteure ermöglicht werden. Neben der Einbindung in den Prozess sollen Akteure regelmäßig aktiv informiert werden. Dem BMEL ist an einem kontinuierlichen und offenen Dialog gelegen. Dies ist die Grundlage für einen fortbestehenden Lernprozess. Auch nach Verabschiedung der Ernährungsstrategie ist ein – ggf. institutionalisierter (z. B. durch Schaffung eines Begleitgremiums) – Kontakt zu externen Akteuren wichtig, unter anderem, um die Ergebnisse der Ernährungsstrategie regelmäßig zu überprüfen und, wo nötig, nachsteuern zu können.